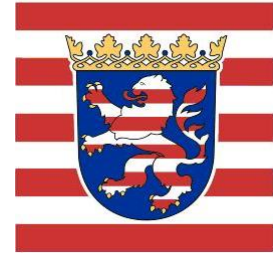




HESSEN



Bericht aus Brüssel

08/2023 vom 21.04.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Digital.....	8
Forschung.....	9
Finanzdienstleistungen.....	12
Soziales.....	12
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	14
Umwelt.....	15
Landwirtschaft.....	17
Justiz.....	18
Inneres.....	20
Bildung und Kultur.....	23
Information, Kommunikation und Medien.....	24
Veranstaltungen.....	24
Vorschau.....	26

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen der EU

Die Kommission startete am 31.03.2023 eine öffentliche Konsultation zum Thema Finanzierung europäischer Maßnahmen außerhalb der EU. Die Kommission möchte zwei Gruppen von Instrumenten außerhalb der EU bewerten: Eine Halbzeitbewertung der Instrumente unter der Rubrik 6 (Nachbarschaft und Welt) des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) der EU 2021–2027 und eine Abschlussbewertung der im vorangegangenen MFR-Zeitraum 2014–2020 unter der Rubrik 4 (Europa in der Welt) eingesetzten Instrumente, die auch eine Bewertung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds umfassen soll. Die wichtigsten Interessenträger sollen dazu konsultiert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13544-Finanzierung-europaischer-Ma%C3%9Fnahmen-au%C3%9Ferhalb-der-EU-Bewertung-der-Instrumente-2014-2020-und-2021-2027- de>

Rat; Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität

Der Rat hat am 13.04.2023 eine Unterstützungsmaßnahme in Höhe von 1Mrd.EUR im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte angenommen. Diese Maßnahme soll es der EU ermöglichen, den Mitgliedstaaten (MS) die Kosten der Munition zu erstatten, die im Zeitraum vom 09.02. bis zum 31.05.2023 aus bestehenden Beständen oder aus der Neufestlegung der Prioritäten bei bestehenden Aufträgen an die Ukraine gespendet wurde. Die Staats- und Regierungschefs der MS hatten bei ihrem Gipfel im März dieses Vorgehen vereinbart. Zu dem Paket gehört auch der Plan, gemeinsam Munition zu beschaffen und die Produktionskapazitäten in der EU aufzustocken. Die angenommene Unterstützungsmaßnahme ergänzt die vorangegangenen Unterstützungstranchen und erhöht den Gesamtbeitrag der EU für die Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität auf 4,6Mrd.EUR. Die EU möchte u.a. damit zeigen, dass sie das ukrainische Militär bei der Verteidigung des Landes gegen die rechtswidrige russische Aggression weiterhin konsequent unterstützt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/13/ammunition-for-ukraine-council-agrees-1-billion-support-under-the-european-peace-facility/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 17.-20.02.2023 in Straßburg

Debatte über die China-Politik der EU

Am 18.04.2023 fand im Plenum eine Aussprache über die Antwort der EU auf die wachsenden globalen Herausforderungen, die von einem zunehmend repressiven und außenpolitisch offensiven China ausgehen, statt. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, betonte die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der EU gegenüber China. "Wir können nicht mit einer Stimme sprechen, da es mehrere Stimmen innerhalb der EU gibt, aber wir müssen zumindest auf einer Wellenlänge sein", betonte er. Er erinnerte daran, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und China in letzter Zeit aufgrund von EU-Sanktionen, Schwierigkeiten mit LIT und chinesischen Militärübungen in der Straße von Taiwan verschlechtert haben, und betonte, dass die EU trotz der Rivalität zwischen der EU und China weiterhin mit China sprechen müsse. Aufgrund seines massiven Einflusses

in der Welt können wir nicht aufhören, mit China zu sprechen, betonte Borrell. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, dass Chinas Aufstieg als internationaler politischer und wirtschaftlicher Akteur sowie die eigenen Interessen der EU es für Europa umso wichtiger machen, seine Beziehungen zu Peking zu pflegen. "Und das zeigt für mich, dass eine Abkopplung für Europa nicht machbar, wünschenswert oder gar praktisch ist. Aber es ist klar, dass Europa daran arbeiten muss, einige wichtige und sensible Bereiche unserer Beziehungen zu entschärfen". Die MdEP waren sich einig in ihrer Forderung nach einer effektiven, konsistenten und einheitlichen Strategie gegenüber China. "Wir können nicht konfrontativ sein, aber unsere Politik sollte auf Gegenseitigkeit, gegenseitigem Respekt und der Einhaltung des internationalen Rechts beruhen", forderten mehrere MdEP. Die EU müsse ihre wirtschaftlichen Interessen und Werte verteidigen. Einige kritisierten die jüngste Erklärung des französischen Präsidenten Macron zu Taiwan und hielten es für naiv zu behaupten, Taiwan gehe Europa nichts an. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Lieferung von Waffen an Russland und die Änderung des Status quo auf Taiwan für die EU nicht akzeptabel seien. Vor dem Hintergrund der Unterdrückung der Uiguren und anderer Minderheiten in der Region Xinjiang durch China forderten einige MdEP die EU auf, Peking weiterhin zur Achtung der Menschenrechte zu drängen, da diese Rechte kein Nebenschauplatz der EU-Außenpolitik seien, sondern deren Kernstück darstellten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-04-18-ITM-002_DE.html

Ansprache des LUX Premierminister Xavier Bettel vor dem Plenum

Der LUX Premierminister Xavier Bettel hielt am 19.04.2023 im Plenum eine Ansprache im Rahmen der Debattenreihe „Das ist Europa“, in der er die MdEP aufforderte, die Grundlagen der Freiheit und die Achtung der Grundrechte, auf die sich die EU stützt, angesichts des Populismus und der weltweiten und inneren Herausforderungen zu verteidigen. Er betonte, dass es für die EU von entscheidender Bedeutung sei, offen zu bleiben, sowohl gegenüber der Welt als auch innerhalb der eigenen Mitgliedsstaaten, trotz der starken geopolitischen Spannungen, die den Protektionismus fördern. "Wir haben gemeinsame Probleme. Protektionismus macht arm", sagte Bettel u.a.. Der Premierminister forderte die MdEP auf, die Freizügigkeit und den Binnenmarkt in der kommenden Gesetzgebung zu schützen, und rief zu einer "wirklich gemeinsamen europäischen Migrationspolitik" auf der Grundlage des vorgeschlagenen Europäischen Asyl- und Migrationspakts auf. Er wandte sich auch direkt gegen diejenigen, die versuchen, die Rechtsstaatlichkeit in der EU zu untergraben, und sagte, sie müsse das Rückgrat der EU bleiben, auch bei der Verteidigung der Rechte von Minderheiten, die einige in der EU zum Schweigen bringen wollten. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine rief Bettel die EU dazu auf, sich weiterhin geschlossen gegen die "nicht hinnehmbare Aggression Russlands" zu stellen und die Ukraine mit Waffen, finanzieller Hilfe und Wiederaufbaumaßnahmen auf dem Weg zu einem möglichen EU-Beitritt zu begleiten. Die MdEP begrüßten die Forderungen von Premierminister Bettel, ein gleichberechtigteres Europa zu schaffen, die Rechtsstaatlichkeit in der EU zu verteidigen, den Europäischen „Green Deal“ und institutionelle Reformen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Europawahlen voranzubringen. Einige MdEP warnten, dass sich die EU angesichts des russischen Krieges in der Ukraine an einem Scheideweg befinde und forderten eigene, unabhängige Streitkräfte und mehr europäische Souveränität auf der Grundlage der Einheit, während andere die LUX Körperschaftssteuerregelung kritisierten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-04-19-ITM-007_DE.html

Klimawandel: Abstimmung über neue Regeln gegen Entwaldung durch EU-Konsum
Eine neue Verordnung, die am 19.04.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Christophe Hansen (EVP/LUX) mit einer Mehrheit von 552 - 44 - 43 angenommen wurde, soll verhindern, dass Produkte aus entwaldeten Flächen weltweit auf den EU-Markt gelangen. Unternehmen sollen verpflichtet werden, dies sicherzustellen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

„Fit für 55“: EP nimmt Gesetze zur Erreichung des Klimaziels 2030 an

Am 18.04.2023 stimmte das EP im Rahmen der Berichte Peter Liese (EVP/DEU), Esther de Lange (EVP/NDL), David Casa (EVP/ MTA) und Mohammed Chahim (S&D/NDL) den Einigungen zu, die man Ende 2022 mit den Mitgliedstaaten zu mehreren Vorschriften des Klimaschutzpakets „Fit für 55“ erzielt hatte. Dabei handelt es sich um die Reform des Emissionshandelssystems, einschließlich des Luft- und Seeverkehrs, das CO₂-Grenzausgleichssystem und einen neuen Klima-Sozialfonds. Die EU will damit die Treibhausgasemissionen bis 2030 erheblich senken, nämlich um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Asyl- und Migrationspolitik: Verhandlungsmandate bestätigt

Das EP hat am 20.04.2023 beschlossen, interinstitutionelle Verhandlungen mit dem Rat über mehrere migrations- und asylpolitische Gesetzesvorschläge aufzunehmen (siehe Beitrag unter „Inneres“).

Anti-Geldwäsche-Paket: Verhandlungsmandate bestätigt

Das EP hat seine Verhandlungsmandate für Vorschläge zur Reform der EU-Politik zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus genehmigt. Die Entwürfe der Verhandlungsmandate wurden bei der Eröffnung der Plenartagung am 17.04.2023 bekannt gegeben. Da es keine Einwände gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat gab, können die Gespräche über die endgültige Form der Gesetzgebung nun beginnen. Das erste Treffen zur Aufnahme der Verhandlungen mit den Vertretern der EU-Minister soll am 11.05.2023 in Straßburg stattfinden. Die Gesetzesentwürfe sehen u.a. neue Sorgfaltspflichten für Unternehmen vor, um die Identität von Kunden zu überprüfen, was sie besitzen und wer sie kontrolliert, und um Personen mit einem legitimen Interesse (z.B. Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschuleinrichtungen) Zugang zu Registern der wirtschaftlichen Eigentümer zu gewähren. Schließlich würde mit dem Paket eine Europäische Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche (AMLA) mit Aufsichts- und Ermittlungsbefugnissen zur konsequenten Durchsetzung der Vorschriften geschaffen. Deutschland hat sich mit Frankfurt für den Standort beworben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230414IPR80123/stopping-the-flow-of-dirty-money-parliament-ready-for-negotiations>

CO₂-Abbau: Nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe

Am 18.04.2023 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Alexander Bernhuber (EVP/AUT) eine nichtlegislative Entschließung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen an (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Neue Regeln zur Rückverfolgung von Kryptowertetransfers in der EU

Am 20.04.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Ernest Urtasun (GRÜNE/ESP) und MdEP Assita Kanko (ECR/BEL) mit einer Mehrheit von 529 - 29 - 14 die erste EU-Regelung zur Rückverfolgung von Transfers von Kryptowerten wie Bitcoins und „E-Geld-Token“ angenommen. Der Text, auf den sich die Verhandlungsführer des EP und des Rates bereits im Juni 2022 vorläufig geeinigt hatten, soll sicherstellen, dass Transfers von Kryptowerten, wie jede andere

Finanztransaktion auch, stets zurückverfolgt und verdächtige Transaktionen blockiert werden können. Die so genannte „Travel Rule“ (Reiseregulierung), die es im traditionellen Finanzwesen bereits gibt, wird in Zukunft auch für Überweisungen von Kryptowerten gelten. Diese Regel verlangt von Zahlungsdienstleistern, die Übermittlung von Angaben zum Zahler und zum Zahlungsempfänger während der gesamten Zahlungskette zu gewährleisten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0118_DE.html

Harmonisierte Vorschriften für Kryptowerte auf EU-Ebene

Das Plenum gab ebenfalls am 20.04.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Stefan Berger (EVP/DEU) mit einer Mehrheit von 517 - 38 - 18 endgültig grünes Licht für neue gemeinsame Regeln für die Aufsicht, den Verbraucherschutz und den Umweltschutz für Kryptowerte, einschließlich Kryptowährungen (Verordnung über Märkte für Kryptowerte, MiCA). Der im Juni 2022 informell mit dem Rat vereinbarte Gesetzentwurf enthält Schutzmaßnahmen gegen Marktmanipulation und Finanzkriminalität. MiCA wird Kryptowerte abdecken, die nicht unter die bestehenden Rechtsvorschriften im Finanzdienstleistungsbereich fallen. Die wichtigsten Bestimmungen für Emittenten und Händler von Kryptowerten (einschließlich wertreferenzierter Token und E-Geld-Token) betreffen Transparenz, Aufdeckung, Genehmigung und Überwachung von Transaktionen. Die Verbraucher würden besser über die mit ihren Geschäften verbundenen Risiken, Kosten und Gebühren informiert werden. Darüber hinaus wird der neue Rechtsrahmen die Marktintegrität und Finanzstabilität durch die Regulierung öffentlicher Angebote von Kryptowerten unterstützen. Schließlich enthält der vereinbarte Text Maßnahmen gegen Marktmanipulation und Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und anderen kriminellen Aktivitäten. Um Geldwäscherisiken entgegenzuwirken, sollte die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) ein öffentliches Register für nicht konforme Anbieter von Krypto-Dienstleistungen einrichten, die ohne Genehmigung in der EU tätig sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0117_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 18.04.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Es gab eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf: „Erweiterungspaket 2022“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Strategische Vorausschau als Instrument für die EU-Governance und eine bessere Rechtsetzung“ sowie „die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Bekämpfung der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192348&meetingSessionId=2241395>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 19.04.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Uwe Becker teil. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: „Gesetz für ein interoperables Europa“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192385&meetingSessionId=2241432>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 20.04.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fand ein Meinungsaustausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: "Mentoring als wirksames und konkretes Instrument für das Europa von morgen".

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2196725&meetingSessionId=2246744>

Wirtschaft

Kommission; Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022

Die Kommission legte am 04.04.2023 ihren Bericht über die Wettbewerbspolitik für das Jahr 2022 vor. Der jährlich erscheinende Bericht enthält die wichtigsten politischen Entwicklungen und Gesetzgebungsinitiativen sowie auch wichtige von der Kommission beschlossene Durchführungsmaßnahmen des jeweils abgelaufenen Jahres. Die Kommission hat laut Bericht 2022 insgesamt 195 Entscheidungen erlassen und 182 nationale Maßnahmen genehmigt, die von den 27 Mitgliedstaaten (MS) zur Notifizierung angemeldet waren. Mit verschiedenen wettbewerbspolitischen Instrumenten hat die Kommission 2022 vor allem Maßnahmen erlassen und umgesetzt, um die negativen Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine abzumildern. Der Bericht verweist hier auf die Erhöhung der Flexibilität der Regeln für staatliche Beihilfen, u.a. durch die Annahme des „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen“, der es den MS ermöglichte, Liquiditätsengpässe von Unternehmen zu beheben, die direkt oder indirekt von den schwerwiegenden Störungen im Wirtschaftsleben betroffen waren. Im Laufe des Jahres habe die Kommission die Entwicklungen verfolgt und immer wieder neu bewertet. Gleichzeitig habe die Kommission die zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie ergriffenen Sofortmaßnahmen schrittweise eingestellt.

https://competition-policy.ec.europa.eu/publications/annual-reports_en

EuGH; Urteil zur Verlängerung von Strandkonzessionen in ITL

Mit Urteil vom 20.04.2023 entschied der EuGH in der Rechtssache C-348/22, dass Konzessionen für die Nutzung der Strände in ITL nicht automatisch verlängert werden dürfen. Sie müssen laut EuGH in einem neutralen und transparenten Verfahren vergeben werden. Die Wettbewerbsbehörde in ITL hat vor dem regionalen Verwaltungsgericht in Apulien (ITL) beanstandet, dass die Gemeinde Ginosa verschiedene Konzessionen für öffentliche Liegenschaften am Meer ohne öffentliche Ausschreibung verlängert hatte. Sie hat geltend gemacht, dass die italienischen Rechtsvorschriften, die eine solche Verlängerung erlaubten, gegen Unionsrecht, insbesondere die Dienstleistungsrichtlinie 2006/123 verstoßen würden. Das Verwaltungsgericht hat den EuGH daher in diesem Zusammenhang Fragen zur Gültigkeit, der unmittelbaren Wirkung und Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie zur Vorabentscheidung vorgelegt. Der EuGH entschied, dass die Dienstleistungsrichtlinie auf alle Konzessionen für die Nutzung im öffentlichen Eigentum stehender Liegenschaften am Meer grundsätzlich anwendbar ist. Zweitens sagt der EuGH, dass die Kriterien zur Beurteilung der Knappheit der verwendbaren natürlichen Ressourcen auf objektiven, nichtdiskriminierenden, transparenten und verhältnismäßigen Kriterien beruhen müssen. Zudem stellt der EuGH fest, dass es genüge, dass „nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs eine Verwaltung, auch eine kommunale, genauso wie ein nationales Gericht, verpflichtet ist, unbedingte und hinreichend genaue

Bestimmungen einer Richtlinie unmittelbar anzuwenden und diejenigen des nationalen Rechts, die damit unvereinbar sind, unangewendet zu lassen“.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-348/22>

Kommission; Vereinfachte EU-Fusionskontrolle

Am 20.04.2023 hat die Kommission ein Paket zur weiteren Vereinfachung der Verfahren zur Prüfung von Zusammenschlüssen nach der EU-Fusionskontrollverordnung beschlossen. Das Paket umfasst: eine überarbeitete Durchführungsverordnung zur Fusionskontrollverordnung ("Durchführungsverordnung"), eine Bekanntmachung über ein vereinfachtes Verfahren ("Bekanntmachung") und eine Mitteilung über die Übermittlung von Unterlagen ("Mitteilung"). Die Kommission erwartet, dass das Paket den Unternehmen und Beratern erhebliche Vorteile in Bezug auf die Vorbereitungsarbeit und die damit verbundenen Kosten bringen wird. Es zielt darauf ab, die Prüfung unproblematischer Zusammenschlüsse zu vereinfachen. Darüber hinaus strebt die Kommission an, den Umfang der Informationen zu verringern, die für die Anmeldung von Zusammenschlüssen notwendig sind. Die neuen Vorschriften gelten ab dem 01.09.2023.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2023\)2400&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2023)2400&lang=de)

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2023\)2401&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2023)2401&lang=de)

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C\(2023\)2402&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=C(2023)2402&lang=de)

Digital

Kommission; öffentliche Konsultation zu virtuellen Welten

Die Kommission führt bis zum 03.05.2023 eine öffentliche Konsultation zu virtuellen Welten durch, um ihre geplante politische Initiative für neu entstehende virtuelle Welten (z.B. Metaversen) vorzubereiten. Die Initiative soll die Form einer Mitteilung der Kommission haben und trägt den Titel „Den nächsten technologischen Wandel mit Vorsprung angehen“. Virtuelle Welten eröffnen in vielen Branchen sowie in gesellschaftlichen Bereichen, wie Kultur und Unterhaltung, bereits ein breites Spektrum an Möglichkeiten; Prognosen zufolge wird das weltweite Marktvolumen bis 2030 bei einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 39,1% auf mehr als 800 Mrd. EUR steigen, so die Erläuterung der Kommission. Sie will sicherstellen, dass die EU zum besten Standort für die Entwicklung von Geschäftsmöglichkeiten im Bereich der virtuellen Welten und für die Konzeption des aufkommenden Web 4.0 wird. Gleichzeitig soll aber gewährleistet werden, dass auch virtuelle Welten die Grundwerte der EU achten und offen, interoperabel und innovativ gestaltet sind. Die Kommission will letztlich eine Entwicklung verhindern, die bereits bei Online-Plattformen vollzogen ist: Dass eine kleine Anzahl großer Akteure zu künftigen Torwächtern wird, die Marktzutrittsschranken schaffen und Start-up-Unternehmen und kleine und mittelgroße Unternehmen aus der EU aus einem aufstrebenden Markt ausschließen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13757-Virtual-worlds-metaverses-a-vision-for-openness-safety-and-respect_en

Kommission; Eröffnung des EU-Zentrums für Algorithmus-Transparenz

Am 18.04.2023 hat die Kommission das Europäische Zentrum für Algorithmus-Transparenz (ECAT) in Sevilla (ESP) eröffnet. Das bei der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU angesiedelte ECAT soll die Kommission im Rahmen der

Durchsetzung des Digital Services Act (DSA) mit wissenschaftlichem und technischem Fachwissen unterstützen. Es soll untersucht werden, ob die algorithmischen Systeme, die von den sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen verwendet werden, die im DSA festgelegten Risikomanagement-, Minderungs- und Transparenzanforderungen erfüllen. Das ECAT wird dazu technische Analysen durchführen und Algorithmen bewerten. Das interdisziplinäre Team aus Datenwissenschaftlern, Experten für Künstliche Intelligenz, Sozialwissenschaftlern und Rechtsexperten soll auch mit Vertretern der Industrie, der Hochschulen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

https://algorithmic-transparency.ec.europa.eu/index_en

EP; Offener Brief der Berichterstatter für die KI-Verordnung

Die Berichterstatter und Schattenberichterstatter des EP haben am 17.04.2023 einen offenen Brief zu Entwicklung und Regulierung Künstlicher Intelligenz (KI), insbesondere hinsichtlich sehr leistungsfähiger sog. „Foundation Models“, wie sie dem Chatbot ChatGPT zugrunde liegen, auf Twitter veröffentlicht. Darin erklären sie ihre Entschlossenheit, im Rahmen des derzeit im EP verhandelten AI Act, der neuen europäischen KI-Verordnung, auch Regelungen für diese Form von KI zu schaffen, um sicherzustellen, dass diese Technologie menschenzentriert, sicher und vertrauenswürdig ist. Sie rufen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Joe Biden auf, einen hochrangigen globalen KI-Gipfel einzuberufen, um sich auf eine vorläufige Reihe von Grundsätzen für die Entwicklung, die Kontrolle und den Einsatz von sehr leistungsfähiger KI zu verständigen. Alle demokratischen Länder werden aufgefordert, sich mit der Aufsicht und Governance von KI zu befassen. Unternehmen und KI-Labore sollen ihr Verantwortungsbewusstsein erhöhen, die Sicherheit von sehr leistungsfähiger KI verbessern, die Transparenz gegenüber und den Dialog mit Gesetzgebern maßgeblich erhöhen und sicherstellen, dass sie die Kontrolle über die KI, die sie entwickeln, behalten.

<https://twitter.com/loanDragosT/status/1647921382720667652>

F o r s c h u n g

Kommission; Horizont Europa; Model Grant Agreement aktualisiert

Am 01.04.2023 hat die Kommission den bestehenden Leitfaden für die Abwicklung von Horizon-Förderprojekten, das sog. Annotated Grant Agreement (AGA), aktualisiert und neue Informationen bereitgestellt. Das AGA ist ein Benutzerhandbuch, das Antragstellenden und Empfängern die EU-Musterfinanzhilfevereinbarungen für das Rahmenprogramm Horizont Europa und weitere Programme der EU erläutert. Das Dokument soll Nutzerinnen und Nutzern helfen, ihre Finanzhilfevereinbarungen (Grant Agreements) zu verstehen und zu interpretieren. Durch den Verzicht auf technisches Vokabular, juristische Verweise und Fachsprache soll es den Antragstellenden helfen, Antworten auf praktische Fragen zu finden, auf die sie bei der Einrichtung oder Durchführung der Fördervorhaben treffen.

https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/common/guidance/aga_en.pdf

Kommission; Horizont Europa; Mobilitätsförderung für Forschende; Ausschreibungen

Am 12.04.2023 hat die Kommission die diesjährigen neuen Ausschreibungen für Fellowships für promovierte Forschende im Rahmen der Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) geöffnet. Die Fellowships sollen promovierte Forscherinnen und Forscher fördern, die durch internationale Mobilität neue Fähigkeiten erwerben

möchten. Die Ausschreibung wird es Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen in und außerhalb der EU ermöglichen, Forschende anzuwerben. Die Ausschreibung wird bis zum 13.09.2023 laufen. Mit dem vorgesehenen Budget in Höhe von rund 260 Mio. EUR sollen über 1.200 Forschungs-Fellowships finanziert werden. Die MSCA-Postdoktoranden-Stipendien bestehen aus zwei Teilen. Zum einen handelt es sich um Europäische Postdoktoranden-Fellowships, die Forschenden jeder Nationalität offenstehen, um ein individuelles Projekt in der EU oder in mit Horizont Europa assoziierten Ländern durchzuführen. Zum anderen ist die Bewerbung um ein Globales Postdoktoranden-Stipendium möglich. Dieses steht europäischen Staatsangehörigen oder langfristig Aufenthaltsberechtigten offen, die vor ihrer Rückkehr nach Europa bei Organisationen in Drittländern arbeiten möchten. MSCA-Maßnahmen werden im Programm Horizont Europa durchgeführt, sollen wissenschaftliche Laufbahnen attraktiver und den Forschungsstandort Europa interessanter machen. Das Programm ist themenoffen: Bei den MSCA gibt es keine von der EU vorgegebenen wissenschaftlichen Disziplinen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/forschungsforderung-antragsfrist-fur-postdoktoranden-stipendien-2023-gestartet-2023-04-12_de

Kommission; Konsultation zur Zukunft des Forschungsrahmenprogramms; Ergebnisse

Am 19.04.2023 hat die Kommission die Ergebnisse zu einer relevanten öffentlichen Konsultation veröffentlicht, welche die Generaldirektion Forschung in den letzten Monaten zum Programm Horizont Europa durchgeführt hatte. Die Kommission möchte diese Ergebnisse der Konsultation in den neuen Strategischen Plan für die Weiterentwicklung von Horizont Europa einfließen lassen. Insgesamt waren fast 3.000 Antworten eingegangen. Die Befragten gaben an, dass die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen in den nächsten zehn Jahren die Themen Klimawandel, Energieversorgung, der Verlust der biologischen Vielfalt, überlastete Gesundheitssysteme und die alternde europäische Bevölkerung sein werden. Diese Themen seien somit bedeutend für die europäische Forschungsförderung. Zur Struktur des aktuellen Strategieplans von Horizont Europa gab ein Teil der Befragten an, dass dessen derzeitige Struktur komplex sei und forderte eine Vereinfachung. Ein weiterer Teil der Befragten wies darauf hin, dass der Plan schwer zu verstehen sei und dass das Dokument zugänglicher gestaltet werden könnte. Die einzelnen thematischen Bereiche in Horizon sollten zudem enger verschränkt werden. Die Konsultation ergab eine Reihe von thematischen Prioritäten aus Sicht der Befragten, die die Kommission im Einzelnen tabellarisch veröffentlicht hat. So sind z.B. für den Bereich Gesundheitsforschung die Themen Psychische Gesundheit und die medizinische Verwendung von Psychedelika, Infektionskrankheiten, globale Gesundheitsprobleme und Pandemien genannt worden.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/results-public-consultation-future-eu-research-and-innovation-programmes-are-now-public-2023-04-19_en

Kommission; Forschungsrahmenprogramm; zivile Sicherheit der Gesellschaft

Die Kommission hat am 31.03.2023 eine Änderung des Arbeitsprogramms 2023-2024 des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa verabschiedet. In dem geltenden Arbeitsprogramm sind detailliert die Themen der Ausschreibungen genannt, auf die sich Forschende bewerben können. Für fünf der sechs übergeordneten Themenbereiche (Cluster) war das Arbeitsprogramm bereits Anfang Dezember 2022 verabschiedet worden. Nun ist auch das Arbeitsprogramm für den Bereich der zivilen Sicherheit der Gesellschaft (Cluster 3) veröffentlicht worden. Neu vorgesehene Themenfelder in diesem Cluster betreffen u.a. die Bekämpfung von Hassreden online

und offline, die Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Grenzüberwachung und das Situationsbewusstsein sowie zur Stärkung der Resilienz von Betreibern kritischer Infrastrukturen gegenüber Bedrohungen sowie natürlichen und vom Menschen verursachten Gefahren. Auch zur Erhöhung der Cybersicherheit sowie die Verbesserung der Krisenvorsorge und des Katastrophenrisikomanagements sind Ausschreibungen vorgesehen.

https://rea.ec.europa.eu/funding-and-grants/horizon-europe-cluster-3-civil-security-society_en

Kommission; Forschung; EIT; neue Förderausschreibungen; Kultur und Kreativität

Am 17.04.2023 hat die Kommission neue Ausschreibungen im Bereich Forschung und Innovation in der neuen Wissens- und Innovationsgemeinschaft KIC CCSI (Kultur und Kreativität) veröffentlicht. Als neunte Wissens- und Innovationsgemeinschaft (KIC) wurde die KIC entwickelt, die europäischen Kultur- und Kreativsektoren und -industrien (CCSI) zu stärken. Die KIC ist ein offenes Innovations-Ökosystem und Teil des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT). Die Ausschreibungen stehen allen Rechtspersonen aus der EU und den mit Horizont Europa assoziierten Ländern offen. Mit diesen Ausschreibungen sollen globale Herausforderungen angegangen werden, mit denen Europa in den Bereichen Hochschulbildung, Innovation, Unternehmensgründung und Gesellschaft konfrontiert ist. Folgende Bereiche und Aktionsprogramme stehen im Fokus: Talent Scaler, Skills Fitter, „Durchbruch“-Labor, Wagnisfabrik und „Katalysator der Gemeinschaft“. Das EIT rät den Antragstellenden, sich in ihren Projektvorschlägen auf folgende Bereiche „mit hoher Auswirkung“ (High Impact Areas) zu konzentrieren: Architektur, Audiovisueller Bereich, Design von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen, Fashion und Textilien, Kulturerbe. Für das Jahr 2024 stehen bis zu 10,45 Mio. EUR an Fördermitteln zur Verfügung. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen endet am 31.05.2023. Einige der Ausschreibungen erfolgen mit zweistufigem Bewerbungsverfahren.

<https://eit-culture-creativity.eu/calls-for-proposals/>

Kommission; nukleare Innovationen; kleine Reaktoren

Die Kommission hat am 04.04.2023 auf einer Konferenz über die strategische Autonomie der EU und über künftige Energiesysteme eine Erklärung mit mehreren Stakeholdern aus dem Nuklearbereich zur Stärkung von Forschung, Innovation, Bildung und Ausbildung in Bezug auf kleine modulare Reaktoren (Small Modular Reactors, SMR) bis 2030 vorgestellt und unterzeichnet. "Die technologische Souveränität der EU erfordert gemeinsame Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Forschung und Innovation, um radioaktive Abfälle und abgebrannte Brennelemente ordnungsgemäß zu entsorgen und die Technologien von morgen zu entwickeln", erklärte Mariya Gabriel, Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend. Kleine modulare Reaktoren werden in der Erklärung der Kommission als "vielversprechende Option" angesehen, um alte Kohlekraftwerke zu ersetzen und die Entwicklung der erneuerbaren Energien zu „ergänzen“. Für diejenigen Mitgliedstaaten, die sich dafür entschieden, die Kernenergie in ihren Energiemix aufzunehmen, sehen die Kommissarin und die weiteren Unterzeichnerparteien aus dem Atombereich den Einsatz von SMR als positiv bewertete Ergänzung zu bestehenden Anlagen. Die Kommissarin erklärte, angesichts des starken internationalen Wettbewerbs müsse „die EU an der Spitze der neuen Entwicklungen stehen und eine europäische industrielle Wertschöpfungskette gewährleisten, und bei den Sicherheits- und Strahlenschutzstandards für SMR an der Spitze stehen“.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/commission-declaration-eu-small-modular-reactors-smrs-2030-research-innovation-education-training-2023-04-04_en

Finanzdienstleistungen

Kommission; Vorschläge zu Krisenmanagement im Bankensektor und Einlagenversicherung (CMDI-Paket)

Am 18.04.2023 hat die Kommission das Paket von Legislativvorschlägen zum Krisenmanagement im Bankensektor und zur Einlagenversicherung (Crisis Management and Deposit Insurance, CMDI) vorgelegt. Es sieht eine Novellierung der Bankenrestrukturierungsrichtlinie, der Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und der Einlagensicherungsrichtlinie vor. Zielrichtung ist es, die Anwendung des Bankenabwicklungsrechts insbesondere im Bereich der mittleren und kleineren Institute europaweit stärker zu vereinheitlichen. In Bezug auf diese Institute erfolgt die Anwendung der Normen nicht durch die europäische Abwicklungsbehörde (Single Resolution Board, SRB), sondern – so die Kommission – bleibt den jeweiligen nationalen Abwicklungsbehörden überlassen. Die Handhabung divergiere in den Mitgliedstaaten und führe vielfach dazu, dass das Bankenabwicklungsrecht zugunsten staatlicher Bankenrettungen aus Steuermitteln außer Anwendung blieb. Staatliche Bankenrettungen seien langfristig aus fiskalischer wie ordnungspolitischer Sicht schädlich. Mit den Regelungsvorschlägen will die Kommission den Anwendungsbereich des Bankenabwicklungsrechts klarer fassen und erweitern. Außerdem will die Kommission die Finanzierung von Abwicklungsmaßnahmen, wie insbesondere der übertragenden Sanierung unter Heranziehung von Einlagensicherungseinrichtungen, erweitern. Weitere Regelungen betreffen den zulässigen Tätigkeitsbereich von institutsbezogenen Sicherungssystemen, wie sie insbesondere in DEU bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken bestehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2250

Soziales

Kommission; Konsultation zur Richtlinie über Europäische Betriebsräte

Am 11.04.2023 startete die Kommission die erste Phase der Konsultation der europäischen Sozialpartner zu einer möglichen Überarbeitung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte. Die Richtlinie über Europäische Betriebsräte sieht ein Verfahren zur Einrichtung von Unterrichts- und Anhörungsgremien zwischen der Unternehmensleitung und der Arbeitnehmervertretung in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten vor, die in mindestens zwei Mitgliedstaaten operieren. Eine Evaluierung der Richtlinie im Jahr 2018 zeigte Mängel beim Konsultationsprozess und Durchsetzungsinstrumenten der Betriebsräte auf. Das EP forderte die Kommission auf, die Europäischen Betriebsräte zu stärken und die Zahl, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Systeme, zu erhöhen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2141

Rat; Verbot afghanischer Frauen zur Arbeit bei den Vereinten Nationen (VN)

Am 07.04.2023 veröffentlichte der Rat eine Erklärung des Hohen Vertreters im Namen der EU zu der Entscheidung der Taliban, afghanischen Frauen die Arbeit für die VN zu verbieten. Die EU verurteilt die erneut diskriminierende Entscheidung der Taliban und hält diese dazu an, internationale Normen und Rechte zu achten. Insbesondere

im Hinblick auf die wirtschaftliche und humanitäre Notlage Afghanistans habe ein solches Verbot unmittelbare und lebensbedrohliche Auswirkungen für viele Afghaninnen und Afghanen. Die EU fordert die Taliban auf, die Verbote unverzüglich zurückzunehmen und den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung und zu allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/04/07/afghanistan-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-taliban-banning-afghan-women-from-working-for-the-un/>

Cedefop; Qualifikationen im Bauwesen

Am 11.04.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) eine Analyse der Trends und Herausforderungen im Baugewerbe. Die Analyse betont die Wichtigkeit des Bausektors für die EU-Wirtschaft. Dies gelte nicht nur der im Hinblick auf Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern ebenfalls für den Übergang zu einer grüneren EU. Die steigende Nachfrage nach Wohnraum und zunehmender Wohnungsmangel würden sich positiv auf die Beschäftigung im Bausektor auswirken. Weiterhin gäbe es jedoch nicht genügend Qualifikationsangebote, um dem veränderten Qualifikationsbedarf gerecht zu werden.

<https://www.cedefop.europa.eu/en/news/skills-developments-and-trends-construction>

Kommission; EU-Urheberrecht für blinde und sehbehinderte Menschen

Vom 13.04.2023 bis zum 11.05.2023 führt die Kommission eine Konsultation zur Bewertung der Marrakesch-Richtlinie und der Marrakesch-Verordnung durch. Der Vertrag von Marrakesch verschafft blinden, sehbehinderten oder anderweitig lesebehinderten Personen Zugang zu mehr Büchern und gedrucktem Material in für sie barrierefrei zugänglichen Formaten. Die Bewertung soll zeigen, wie sich der Vertrag auf die Verfügbarkeit barrierefreier Versionen bestehender Werke und neu veröffentlichter Werke ausgewirkt hat. Dies umfasst ebenfalls eine Bewertung über die Auswirkungen bestehender Ausgleichsregelungen auf die Verfügbarkeit und den Austausch der Werke in bestimmten Mitgliedstaaten.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13615-EU-Urheberrecht-fur-blinde-und-sehbehinderte-Menschen-Bewertung-der-Marrakesch-Richtlinie-und-der-Marrakesch-Verordnung_de

OSHA; Diskussionspapiere zur Rolle der Plattformarbeit

Am 12.04.2023 bzw. 13.04.2023 veröffentlichte die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) zwei Diskussionspapiere über die Rolle von Plattformarbeit als Schritt zur nachhaltigen Beschäftigung. Die Untersuchung bestand aus einem quantitativen Teil auf der Grundlage einer Umfrage und einem qualitativen Teil auf der Grundlage von Interviews mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Das erste Diskussionspapier beleuchtet die Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzrisiken im Zusammenhang mit der Arbeit auf digitalen Plattformen für einige Arbeitnehmergruppen. Die Ergebnisse zeigen, wie sichergestellt werden kann, dass die Arbeit auf digitalen Plattformen als Sprungbrett für sicherere und gesündere Berufe dient. Die zweite Studie gibt einen Überblick über wichtige Initiativen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, die von einer Reihe von Akteurinnen und Akteuren ergriffen wurden, um die Arbeitserfahrungen und das Wohlbefinden von Plattformarbeiterinnen und Plattformarbeitern zu verbessern.

<https://osha.europa.eu/en/publications/workforce-diversity-and-digital-labour-platforms-implications-occupational-safety-and-health>

ECDC; Mpox/Affenpocken: Möglicher Anstieg im Sommer

Am 14.04.2023 veröffentlichte das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) einen Bericht über öffentliche Gesundheit in Bezug auf Mpox/Affenpocken in EU/EEA-Staaten. Es besteht die Gefahr eines Anstiegs in der kommenden Frühjahrs- und Sommersaison aufgrund von Festlichkeiten und vermehrten Urlaubsreisen. Der Bericht enthält eine Reihe von Überlegungen für die Gesundheitsbehörden in Bereichen wie Impfung, Überwachung, Tests, Ermittlung von Kontaktpersonen und Risikokommunikation. Eine enge Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und gemeindenahen Organisationen, die sich um gefährdete Bevölkerungsgruppen kümmern, sei wichtig. Dies beinhaltet frühzeitige Diagnosen, Isolierung, Benachrichtigung des Partners und Aufspüren von Kontakten.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/ecdc-highlights-measures-mitigate-possible-increase-mpox-cases-during-spring-and-summer>

ECDC; WHO; Bericht zu antimikrobiellen Resistenzen

Am 14.04.2023 veröffentlichten das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und das WHO-Regionalbüro einen Bericht über antimikrobielle Resistenzen (AMR) in Europa. Die Daten aus dem Jahr 2021 zeigen, dass in mehreren Staaten hohe Prozentsätze von Resistenzen gegen Reserveantibiotika bestehen. Ost- und Südeuropa seien dabei stärker betroffen als der Westen und Norden Europas. AMR stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit in der Region dar, da viele Staaten nur begrenzte Behandlungsmöglichkeiten für Patientinnen und Patienten haben. Daher müsse die Infektionsprävention und -kontrolle, eine reduzierte Nutzung antimikrobieller Mittel sowie die Entwicklung von Programmen zum verantwortungsvollen Umgang mit antimikrobiellen Mitteln Priorität haben. Auch die nicht-standardisierte Datenerhebung zu AMR stelle weiterhin ein zentrales Problem dar.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/whoecdc-report-antimicrobial-resistance-threatens-patient-safety-european-region>

EMA; N-Methylpyrrolidon (NMP) in Tierarzneimitteln

Am 28.03.2023 erließ die Kommission einen EU-weit rechtsverbindlichen Beschluss zu NMP-haltigen Tierarzneimitteln. NMP ist ein in einigen Tierarzneimitteln verwendeter Hilfsstoff, der bei Exposition während der Schwangerschaft Geburtsfehler verursachen kann. Mehr als 1.100 Tierarzneimittel, die den Hilfsstoff NMP enthalten, sind in der EU unter verschiedenen Handelsnamen und in unterschiedlichen Formulierungen erhältlich und werden hauptsächlich bei Haustieren und großen Nutztieren eingesetzt. Der Ausschuss für Tierarzneimittel der EMA (CVMP) empfahl, dass Tierarzneimittel, die einen bestimmten Schwellenwert überschreiten, nicht von schwangeren Frauen verabreicht werden sollten. Auch gebärfähige Menschen werden dazu angehalten bei der Anwendung Vorsicht walten zu lassen. Die Nutzung NMP-haltiger Tierarzneimittel bei trächtigen Tieren sollte erst nach Kosten-Nutzen Abwägung des Tierarztes erfolgen. Um Tierärzte bei ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen, muss in der Produktinformation in Zukunft die genaue Menge der in diesen Tierarzneimitteln enthaltenen NMP-Menge angegeben sein.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/reducing-risks-human-animal-health-exposure-n-methyl-pyrrolidone-veterinary-medicines>

EMCDDA; Neues Cannabinoid HHC

Am 17.04.2023 veröffentlichte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) einen Bericht über die Substanz Hexahydrocannabinol

(HHC). Es wird aus Cannabidiol (CBD) synthetisiert und ist das erste halbsynthetische Cannabinoid, über das in der EU berichtet wird. Obwohl HHC in Theorie bekannt war, wurde es erst im Mai 2022 auf dem europäischen Markt entdeckt. Seit Oktober 2022 wird es als neue psychoaktive Substanz vom EU-Frühwarnsystem überwacht. Gegenwärtig sei relativ wenig über die Auswirkungen und Risiken des HHC-Konsums bekannt. Einer kleinen Zahl von Laborstudien zufolge scheine HHC im Großen und Ganzen ähnliche Wirkungen zu haben wie THC, die wichtigste psychoaktive Substanz in Cannabis. Maßnahmen der EMCDDA beinhalten die genaue Beobachtung der Situation, die regelmäßige Überprüfung dieser Stoffe über das Frühwarnsystem sowie ein technisches Expertentreffen im Dezember 2022. Zusammen sollen diese Maßnahmen das Bewusstsein für dieses neue Problem schärfen und die Bereitschafts- und Reaktionsmaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene unterstützen. https://www.emcdda.europa.eu/news/2023/new-cannabinoid-hhc-spotlight-market-evolves_en

HaDEA; Weltgesundheitstag 2023

Anlässlich des Weltgesundheitstages veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Gesundheit und Digitales (HaDEA) am 07.04.2023 eine Pressemitteilung zu Projekten und Initiativen von HaDEA zum Thema "Gesundheit für alle". Durch die Entwicklung erfolgreicher Strategien und innovativer Technologien zur Erleichterung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung sollen gesundheitliche Ungleichheiten bekämpft werden. Adressiert werden dabei die Bereiche gleichwertiger Zugang zur Gesundheitsversorgung (AHEAD), Förderung zur Gewinnung von Gesundheitspersonal (ROUTE-HWF), Evidenz-basierte Reformen im Gesundheitswesen (OASES) und gemeinsame Aktionen zur digital gestützten und Patienten-zentrierten Pflege (JADECARE). https://hadea.ec.europa.eu/news/world-health-day-2023-hadeas-projects-and-initiatives-working-health-all-2023-04-07_de

Kommission; neue Ökodesign-Vorschriften für Elektrogeräte

Am 17.04.2023 hat die Kommission neue Ökodesign-Vorschriften für Elektrogeräte im Standby-Modus erlassen. Damit nimmt die Kommission Änderungen an der Ökodesign-Verordnung von 2008 vor, die 2013 das letzte Mal angepasst wurde, um den Energieverbrauch von Elektrogeräten zu senken. Die Änderungen berücksichtigen die neuesten technologischen Entwicklungen und die Marktentwicklungen der letzten Jahre. Zudem erweitert die Änderung den Anwendungsbereich. Nun sollen auch Niederspannungsversorger und drahtlose Lautsprecher miteingeschlossen werden. Die erneuerte Verordnung soll bis 2030 jährlich die Einsparung von 4TWh Energie und bis zu 1,36 Mio. Tonnen CO₂ ermöglichen. Zusätzlich werden die Informationen über Standby, Off-Mode und vernetzte Standby-Stromausnahmen für Verbraucherinnen und Verbraucher einfacher zugänglich.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-presents-new-ecodesign-rules-electrical-appliances-standby-mode-2023-04-17_de?etrans=de

U m w e l t

EP; Annahme wichtiger Dossiers zur Erreichung des 2030 Klimaziels

Am 18.04.2023 stimmte das EP den Einigungen zu, die bereits Ende 2022 zwischen EP und Rat zu mehreren Gesetzgebungsverfahren des Klimaschutzpakets „Fit für 55“ erzielt wurden. Die EU will damit die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 mindern. Das EP nahm u.a. die Reform des

Emissionshandelssystem (EHS) an. Für die Wirtschaftszweige, die unter das System fallen, müssen die Emissionen bis 2030 um 62% im Vergleich zu 2005 sinken. Außerdem wird die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für die Industrie von 2026 bis 2034 schrittweise eingestellt und ein eigenes neues EHS II für Kraftstoffe in Straßenverkehr und Gebäuden geschaffen. Das EP stimmte auch dafür, erstmals Treibhausgasemissionen aus dem Seeverkehr im EHS zu berücksichtigen und das EHS für den Luftverkehr zu überarbeiten. Damit wird die kostenlose Zuteilung von Zertifikaten für den Luftverkehr bis 2026 schrittweise eingestellt, und der Einsatz nachhaltiger Flugkraftstoffe gefördert. Des Weiteren verabschiedete das EP Vorschriften für ein CO₂-Grenzausgleichssystem. Dieses soll dafür sorgen, dass Klimaschutzbemühungen in der EU nicht dadurch untergraben werden, dass die Produktion aus der EU in Staaten mit weniger strengen Klimaschutzvorschriften verlagert wird. Die Einigung mit den Mitgliedstaaten, einen Klima-Sozialfonds einzurichten, wurde ebenfalls angenommen. Dieser Fonds soll dafür sorgen, dass Klimaschutz gerecht und sozial inklusiv gestaltet wird. Er kommt finanziell schwächeren Haushalten, Kleinstunternehmen und Verkehrsnutzern zugute, die besonders stark unter hohen Energie- und Verkehrspreisen leiden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230414IPR80120/fit-for-55-parliament-adopts-key-laws-to-reach-2030-climate-target>

EP; Annahme der Verordnung zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen

Am 18.04.2023 stimmte das EP über einen Initiativbericht von MdEP Alexander Bernhuber (EVP/AUT) zu nachhaltigen Kohlenstoffkreisläufen ab. Die Abgeordneten erkennen an, dass Kohlenstoffspeicherung dazu beitragen kann, den Klimawandel zu begrenzen, betonen aber, dass die EU stets einer raschen und vorhersehbaren Emissionsreduzierung Vorrang einräumen muss. Die Abgeordneten betonen zudem, dass die Land- und Forstwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Erreichung des EU-Ziels für den Abbau von Kohlenstoff aus dem Landnutzungssektor spielen sollte. Das EP-Plenum fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass verifizierte Daten über die Emissionen und den Kohlenstoffabbau in landwirtschaftlichen Betrieben bis 2026 zur Verfügung stehen, um sie im Rahmen der Rechtsvorschriften für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem sowie bei der nächsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zu verwenden. Das EP nimmt den Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines EU-Zertifizierungsrahmens für den Kohlenstoffabbau zur Kenntnis und betont, dass dieser neue Rahmen zur Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung genutzt werden sollte, um Anreize für den Abbau von Kohlenstoff zu schaffen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230414IPR80118/carbon-removals-more-efforts-needed-to-achieve-carbon-neutrality-say-meps>

EP; Annahme der Einigung zur Bekämpfung der Entwaldung

Am 19.04.2023 stimmte das EP über die informelle Einigung zwischen Rat und EP zur Verordnung zur Bekämpfung der Entwaldung ab. Zukünftig müssen Unternehmen sicherstellen, dass für Produkte, die in der EU verkauft werden, Wälder weder abgeholzt noch geschädigt wurden. Unter die Verordnung fallen die Einfuhr von Rindern, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja, Holz, Gummi, Holzkohle und gedruckte Papierprodukte sowie von Produkten, die Rohstoffe enthalten, die zur Entwaldung beitragen. Mit der Verordnung soll sichergestellt werden, dass die Produkte, die in der EU verkauft werden, nicht zur weiteren Entwaldung beitragen. Die Kommission stuft innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung Länder oder Teile davon auf der Grundlage einer objektiven und transparenten Bewertung als Länder mit geringem, normalem oder hohem Risiko ein. Für Erzeugnisse aus Ländern mit geringem Risiko gilt ein vereinfachtes Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht. Wie

stark die Marktteilnehmer kontrolliert werden, richtet sich nach dem Risikoniveau des jeweiligen Landes. Zusätzlich muss nachgewiesen werden, dass bei der Herstellung die Gesetze des Erzeugerlandes, die Menschenrechte und die Rechte indigener Völker gewahrt werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230414IPR80129/parlament-nimmt-neues-gesetz-zur-bekampfung-der-weltweiten-entwaldung-an>

Kommission; Inkrafttreten der delegierten Verordnung zu nachhaltigen Chemikalien

Am 20.04.2023 trat eine delegierte Verordnung Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien (CLP) in Kraft. Mit der Verordnung werden neue Gefahrenklassen für endokrine Disruptoren und Chemikalien geschaffen, die nicht in der Umwelt abgebaut werden und sich in Organismen anreichern können oder die Gefahr bergen, in den Wasserkreislauf einzudringen. Die neue Verordnung soll die frühe Erkennung schädlicher Stoffe sicherstellen und aktuelle Informationen über Chemikalien verfügbar machen.

https://environment.ec.europa.eu/news/sustainable-chemicals-new-rules-identify-endocrine-disruptors-and-long-lasting-chemicals-enter-force-2023-04-20_en

EuGH; Schlussanträge der Generalanwältin im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen des Verstoßes gegen die Habitatrichtlinie

Am 20.04.2023 legte die Generalanwältin die Schlussanträge im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen unzureichender Umsetzung der Habitatrichtlinie (Rechtssache C-116/22) vor. Die Kommission wirft Deutschland zweierlei vor. Erstens gebe es für einige Gebiete (88 der 4.606 Schutzgebiete) überhaupt keine Erhaltungsziele. Zweitens seien die Erhaltungsziele für viele Gebiete nicht quantifiziert und messbar, sie unterschieden nicht zwischen der Erhaltung und der Wiederherstellung der in dem Gebiet vorhandenen Schutzgüter, und sie seien gegenüber Dritten nicht verbindlich. Die Generalanwältin stimmt der ersten Rüge der Kommission zu, da Deutschland es in 88 Fällen versäumt hat, fristgerecht die Erhaltungsziele in Rechtsakten festzulegen. Allerdings stellt sie fest, dass die Habitatrichtlinie keine Verpflichtung beinhaltet, dass die Erhaltungsziele immer quantifiziert und messbar sein müssten, immer zwischen Erhaltung und Wiederherstellung unterschieden werden müsste oder die Erhaltungsziele Dritten gegenüber verbindlich sein müssten. Dementsprechend müsse die zweite Rüge der Kommission zurückgewiesen werden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=272705&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=533988>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Vier neue Anträge für die nächste Indian Ocean Tuna Commission

Am 11.04.2023 hat die EU-Kommission Vorschläge für die Thunfischkommission für den Indischen Ozean (IOTC) veröffentlicht, mit denen die Erhaltung und Bewirtschaftung der Thunfischbestände im indischen Ozean verbessert werden sollen. Enthalten ist u.a. ein Vorschlag für einen Mehrjahresplan für die Bewirtschaftung der Bestände tropischer Thunfische sowie ein Vorschlag zu Inspektionen an Bord von Schiffen auf hoher See, um illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fangtätigkeiten zu bekämpfen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_2181

Kommission; neuer Agrar- und Lebensmittelhandelsbericht zeigt starke Leistungen in 2022

Am 13.04.2023 hat die Kommission den neuesten Agrar- und Lebensmittelhandelsbericht veröffentlicht. Dieser zeigt, dass der Agrar- und Lebensmittelhandel der EU in 2022 trotz Herausforderungen rund 401,5 Mrd. EUR umsetzte, mit einer positiven Handelsbilanz von 58 Mrd. EUR. Das Gesamtvolumen des Sektors ist im Vergleich zu 2021 trotz steigender globaler Lebensmittelpreise nicht gesunken und zeitweise sogar gestiegen. Die EU ist weiterhin der weltweit größte Händler für Agrarprodukte und Lebensmittel. Exporte beliefen sich auf 229,8 Mrd. EUR. Das sind rund 31% mehr als 2021. Hierbei erlebten Getreide und Getreideprodukte die größte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr. Die Importe sind 2022 um rund 32% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Hierbei waren vor allem Ölsaaten und Eiweißpflanzen ein wichtiger Faktor. Vor allem der Bedarf an Sonnenblumen, Sojabohnen und Mais ist 2022 stark gestiegen. Dies hatte vor allem den Grund, dass in der EU aufgrund der Trockenheit im Sommer die Erträge dieser Pflanzen sehr gering waren.

https://agriculture.ec.europa.eu/news/good-performance-eu-agri-food-trade-2022-despite-challenges-2023-04-13_de

Kommission; neue Verordnung für die Einfuhr bestimmter Lebensmittel aus Drittländern

Am 17.04.2023 eröffnete die Kommission eine neue Konsultation über den Vorschlag für eine delegierte Verordnung zur Einfuhr von bestimmten Lebensmitteln aus Drittländern. Die Konsultation ist noch bis zum 15.05.2023 für Rückmeldungen geöffnet. Die neue delegierte Verordnung soll die bestehende Verordnung ergänzen, die grundsätzlich die Regeln für die Durchführung von offiziellen Kontrollen von eingeführten Lebensmitteln festlegt. Die Ergänzung enthält Klarstellungen und soll die harmonisierte Umsetzung ermöglichen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13650-Hygienebedingungen-fur-die-Einfuhr-von-Lebensmitteln-Anderung_de

Kommission; Konsultation zu Statistiken über die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln

Am 19.04.2023 eröffnete die Kommission eine Konsultation über den Vorschlag für eine Durchführungsverordnung, mit der die Verordnung über Statistiken zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und zur landwirtschaftlichen Erzeugung geändert werden soll. Mit dieser Initiative sollen die Dateninhalte und die technischen Elemente von Pflanzenschutzmitteln festgelegt werden, die gemäß der Verordnung zu erfassen sind, damit Daten erstellt werden können, die Vergleiche zwischen den Mitgliedstaaten und eine Harmonisierung ermöglichen. Rückmeldungen sind bis zum 17.05.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13643-Statistiken-zu-landwirtschaftlichen-Betriebsmitteln-und-zur-landwirtschaftlichen-Erzeugung-Pflanzenschutzmittel_de

J u s t i z

Kommission; Ausbau digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht

Die Kommission hat am 29.03.2023 eine Richtlinie vorgeschlagen, die es Gesellschaften erleichtern soll, die Nutzung digitaler Werkzeuge und Verfahren im EU-Gesellschaftsrecht auszuweiten. Damit sollen bestehende Vorschriften für Gesellschaften auf europäischer Ebene, z.B. die Richtlinie über bestimmte Aspekte

des Gesellschaftsrechts vom 14.06.2017, aktualisiert werden, um sie an die digitalen Herausforderungen anzupassen und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt zu fördern. Ziel soll der Abbau bürokratischer Hürden, z.B. durch die Abschaffung der Notwendigkeit der Apostille für grenzüberschreitend tätige Unternehmen sein. Mit der Einführung eines in der Richtlinie vorgesehenen EU Gesellschaftszertifikats soll den Unternehmen die Möglichkeit eingeräumt werden, Behörden und Interessenträgern europaweit einfach und zuverlässig wesentliche Informationen über ihr Unternehmen zukommen zu lassen. Der Vorschlag soll v.a. KMU motivieren, ihre geschäftlichen Tätigkeiten nicht an den nationalen Grenzen enden zu lassen und zur Digitalisierung des Binnenmarkts beizutragen. Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren legen nunmehr Rat und EP zunächst ihre jeweiligen Standpunkte zu dem Kommissionsvorschlag fest.

https://commission.europa.eu/system/files/2023-03/COM_2023_177_1_EN_ACT_part1_v7.pdf

https://commission.europa.eu/system/files/2023-03/COM_2023_177_1_EN_annexe_proposition_part1_v4.pdf

EP; MdEP zeigen sich besorgt über rechtsstaatliche Rückschritte in GRI, ESP und MTA

Im Rahmen seiner Plenarsitzung am 30.03.2023 diskutierten die MdEP in einer gemeinsamen Debatte mit Kommissionsvizepräsidentin Jourová über die jüngsten Ereignisse und Vorwürfe demokratischer Rückschritte in GRI, ESP und MTA. Sie stimmten auch über eine Entschließung ab, die die Bewertung des Rechtsstaatlichkeitsberichts 2022 der Kommission und den allgemeinen Zustand der EU-Werte enthält.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0094_EN.html

EuGH; Aussetzung von Vollstreckung eines EBH bei drohender Gesundheitsbeschädigung möglich

Der EuGH hat am 18.04.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-699/21 E. D. L. (Auf Krankheit gestützter Ablehnungsgrund) verkündet. Demnach kann die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (EHB) ausgesetzt werden, wenn offensichtlich die Gefahr einer Schädigung der Gesundheit der betroffenen Person besteht. Die Vollstreckungsbehörde müsse dann bei der Ausstellerbehörde umfassende Informationen zu den Bedingungen der Strafverfolgung oder Inhaftierung einholen. Von der erteilten Auskunft hänge das weitere Prozedere ab.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62021CJ0699>

EuGH; Hintergrundmusik in Personenbeförderungsmitteln ist öffentliche Wiedergabe

Der EuGH hat am 20.04.2023 sein Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-775/21 Blue Air Aviation und C-826/21 UPFR (Urheberrechtliche Fragen bei Hintergrundmusik in einem Flugzeug oder Wagon) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Ausstrahlung eines Musikwerks als Hintergrundmusik in einem Personenbeförderungsmittel eine öffentliche Wiedergabe im Sinne des EU-Rechts darstellt. Keine öffentliche Wiedergabe eines Musikwerkes sei hingegen die bloße Einrichtung einer Lautsprecheranlage und ggf. einer Software an Bord eines Beförderungsmittels, die die Ausstrahlung von Hintergrundmusik ermöglichen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=272688&pageIndex=0&doclang=FR&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=379621>

Rat; Verhandlungsmandat für Verordnung zur Digitalisierung des Visumverfahrens

Die Botschafterinnen und Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) haben sich am 29.03.2023 auf das Verhandlungsmandat des Rates für einen Vorschlag einer Verordnung zur Digitalisierung des Visumverfahrens geeinigt. Durch das Legislativvorhaben soll die Möglichkeit eingeführt werden, online Visa zu beantragen und die derzeitige Visummarke durch ein digitales Visum zu ersetzen. Im Zentrum steht dabei die Schaffung einer digitalen Visumantragsplattform. Ausgestaltet als einheitliche Website sollen über sie sämtliche Anträge auf Schengen-Visa gestellt werden. Den Antragstellern werde es in dem digitalen Verfahren möglich gemacht, vom Hochladen relevanter Reisedokumente bis hin zur Entrichtung der Visumsgebühr alles zu erledigen. Ebenso werde ihnen über die Plattform die Entscheidung über ihren Visumsantrag mitgeteilt. Möchte eine Person mehrere Schengen-Länder besuchen, so bestimme die Plattform automatisch, welches dieser Länder auf der Grundlage der Aufenthaltsdauer für die Prüfung des Antrags zuständig ist. Die Antragsteller könnten jedoch auch angeben, dass der Antrag entsprechend dem Reisezweck von einem bestimmten MS bearbeitet werden soll. Auch die Weiterleitung der Anträge an die zuständigen nationalen Behörden soll über die Plattform erfolgen. Das persönliche Erscheinen auf dem Konsulat soll so zum absoluten Ausnahmefall werden. Erforderlich sei ein solches nur noch für Erstantragsteller, Personen, deren biometrische Daten nicht mehr gültig sind, und Personen mit einem neuen Reisedokument. Im Fall eines positiven Bescheids sollen die Antragsteller ihr Visum in digitaler Form als kryptografisch signierte 2D-Strichcodes erhalten. Auf Grundlage des vereinbarten Verhandlungsmandats wird der SWE-Ratsvorsitz die Verhandlungen mit dem EP aufnehmen, um eine Einigung über den endgültigen Wortlaut zu erzielen.
<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-7905-2023-INIT/en/pdf>

Kommission; Ausbau der EU-Notunterbringungsreserven angekündigt

Die Kommission hat am 04.04.2023 bekanntgegeben, dass sie zur Verbesserung ihrer Reaktion auf Notsituationen die EU-Notunterbringungsreserven ausbauen will. Im Falle von Krisen oder Katastrophen, die die nationalen Reaktionskapazitäten überfordern, könne sie dann darauf zurückgreifen. Konkret seien 116,6 Mio. EUR für KRO, POL, SLO, ESP, SWE und die Türkei bereitgestellt worden, um neue rescEU-Reserven für Notunterkünfte zu beschaffen und aufzustellen. Die Notunterkünfte sollen Platz für Tausende von Menschen bieten.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2071

Kommission; Cybersolidaritätsgesetz und Akademie für Cybersicherheits-Skills geplant

Die Kommission hat am 18.04.2023 einen Vorschlag für eine Verordnung über einen Cyber-Solidaritäts-Akt (sog. EU-Cybersolidaritätsgesetz, COM(2023) 209 final) veröffentlicht. Ziel ist es, Europa gegen Cyberbedrohungen widerstandsfähiger zu machen. Konkret vorgesehen ist u.a. die Einrichtung eines europäischen Cyberschutzschildes. Mit dem Schutzschild soll eine europaweite Infrastruktur, bestehend aus Sicherheitseinsatzzentren (SOCs) in allen Mitgliedstaaten entstehen. Außerdem soll ein Cybernotfallmechanismus geschaffen werden, mit dem die EU ihre Abwehrbereitschaft steigert und die Reaktionsfähigkeit bei Cybervorfällen verbessert. Mit einer neuen Akademie für Cybersicherheitskompetenzen will die Kommission die Fachkräfte-Lücke im Bereich der Cybersicherheit schließen. Das vorgesehene Gesamtbudget für alle Maßnahmen des EU-Cybersolidaritätsgesetzes beläuft sich auf 1,1 Mrd. EUR. Etwa zwei Drittel würden dabei von der EU über das Programm

Digitales Europa finanziert. Darüber hinaus hat die Kommission auch eine gezielte Änderung des Rechtsakts zur Cybersicherheit vorgeschlagen, um die künftige Annahme europäischer Zertifizierungssysteme für „verwaltete Sicherheitsdienste“ zu ermöglichen. Dabei handelt es sich um hochkritische und sensible Dienstleistungen, die von Anbietern von Cybersicherheitsdiensten erbracht werden, wie z.B. Reaktion auf Sicherheitsvorfälle, Penetrationstests, Sicherheitsaudits und Beratung. Damit sollen Unternehmen und andere Organisationen bei der Verhütung, Erkennung und Bewältigung von Cybervorfällen oder der anschließenden Wiederherstellung unterstützt werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/proposed-regulation-cyber-solidarity-act>

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/communication-cybersecurity-skills-academy>

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/proposed-regulation-managed-security-services-amendment>

EuGH; Lebensumstände von Flüchtlingen sind bei Familienzusammenführung zu berücksichtigen

Der EuGH hat am 18.04.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-1/23 PPU/Afrin verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Mitgliedstaaten bei der Familienzusammenführung die besonderen Umstände von Flüchtlingen berücksichtigen müssen. Sie dürften etwa das persönliche Erscheinen für die Antragstellung nicht verlangen, wenn die Anreise etwa aus Kriegs- und Katastrophengebieten übermäßig schwierig sei. Dem Verfahren liegt der Fall einer in Rojava lebenden Mutter zweier minderjähriger Kinder zugrunde. Belgische Behörden hatten von ihr verlangt, zu einer belgischen Auslandsvertretung zu reisen, etwa nach Ankara oder Istanbul in der Türkei oder in den Libanon oder nach Jordanien, statt den Antrag auf Familienzusammenführung per E-Mail zu stellen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62023CJ0001>

EuGH; Generalanwalt: Auslesung der Daten auf Mobiltelefon erfordert keine schwere Straftat

Der Generalanwalt am EuGH, Manuel Campos Sánchez-Bordona (ESP), hat am 20.04.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-548/21 verlesen. Er vertritt darin die Auffassung, dass für den polizeilichen Zugriff auf die personenbezogenen Daten auf einem Mobiltelefon nicht notwendigerweise ein schweres Verbrechen vorliegen muss. Der Zugang müsse allerdings in jedem einzelnen Fall gerechtfertigt sein und erfordere eine gerichtliche Anordnung. Dem Verfahren liegt ein Sachverhalt aus AUT zugrunde. Die Kriminalpolizei in Tirol ermittelte gegen einen Adressaten eines Paketes, das Cannabis enthielt. Das bei einer Wohnungsdurchsuchung gefundene Handy stellten die Beamten sicher. Sie wollten die darauf gespeicherten Daten auslesen, was ihnen aber nicht gelang.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CC0548>

EuGH; Generalanwalt: Zwangsverheirateten Frauen kann Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden

Der Generalanwalt am EuGH, Jean Richard de la Tour (FRA), hat am 20.04.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-621/21 Intervyuirasht organ na DAB pri MS (Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind) verlesen. Darin vertritt er die Auffassung, dass Betroffenen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer „bestimmten sozialen Gruppe“ im Sinne der einschlägigen EU-Richtlinie die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt werden könne. Dieses Merkmal zählt die Richtlinie neben weiteren Schutzgründen, wie der Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität oder der

politischen Überzeugung, auf. In dem zugrundeliegenden Sachverhalt geht es um eine Türkin kurdischer Herkunft, die in ihrem Heimatland zwangsverheiratet wurde. Nach Fällen von häuslicher Gewalt und Drohungen sowohl durch ihren Ehemann als auch durch ihre leibliche Familie und ihre Schwiegerfamilie sei sie aus der Wohnung geflüchtet und noch vor ihrer Scheidung im Jahr 2017 eine religiöse Ehe mit einem anderen Mann eingegangen. Die Frau befinde sich jetzt in BUL und mache geltend, dass sie um ihr Leben fürchte, sollte sie, wie von den Behörden verlangt, in die Türkei zurückkehren müssen. In seinen Schlussanträgen bejaht der Generalanwalt die Zugehörigkeit der Frau zu einer „bestimmten sozialen Gruppe“ im Sinne der Richtlinie. Die Richtlinie selbst stelle klar, dass geschlechtsbezogene Aspekte zu berücksichtigen seien. Auch lasse sich das Geschlecht der betreffenden Frau mit einem angeborenen Merkmal – nämlich ihrem biologischen Geschlecht –, das im Sinne der Richtlinie „nicht verändert werden kann“, in Verbindung bringen. Zur zweiten Voraussetzung erklärte der Generalanwalt, das Geschlecht sei ein „soziologisches Konzept, das so verwendet wird, dass die Werte und Vorstellungen, die ihm zugeschrieben werden, über das biologische Geschlecht hinaus Berücksichtigung finden“. Mit dem Begriff des Geschlechts müsse deutlich zu machen sein, dass Ungleichheiten aufgrund zugeschriebener Geschlechterrollen gesellschaftlich vorgegeben seien und sich somit im Laufe der Zeit gesellschafts- und gemeinschaftsabhängig unterschiedlich entwickeln könnten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62021CC0621>

Kommission; Ukraine tritt EU-Katastrophenschutzverfahren bei

Die Kommission hat am 20.04.2023 bekanntgegeben, dass die Ukraine dem EU-Katastrophenschutzverfahren beigetreten ist. Das Katastrophenschutzverfahren der EU zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den 27 Mitgliedstaaten und nunmehr neun weiteren Teilnehmerstaaten (Island, Norwegen, Serbien, Nordmazedonien, Montenegro, Türkei, Bosnien und Herzegowina, Albanien sowie die Ukraine) beim Katastrophenschutz zu stärken, um die Katastrophenprävention, -vorsorge und -bewältigung zu verbessern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_2360

EP; Asyl- und Migrationspolitik: Verhandlungsmandate bestätigt

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 20.04.2023 beschlossen, interinstitutionelle Verhandlungen mit dem Rat über mehrere migrations- und asylpolitische Gesetzesvorschläge aufzunehmen. Der Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen über diese sog. Screening-Verordnung wurde mit 419 gegen 126 Stimmen bei 30 Enthaltungen gefasst. Bei den Verhandlungen über das Europäische Strafregisterinformationssystem für Drittstaatsangehörige (ECRIS-TCN) betrug das Ergebnis 431 Ja- gegen 121 Nein-Stimmen bei 25 Enthaltungen. In ihren Änderungsanträgen haben die MdEP u.a. einen unabhängigen Mechanismus zur Überwachung der Grundrechte hinzugefügt. Der Grundrechtsmechanismus soll insbesondere auch für die Grenzüberwachung gelten, um sicherzustellen, dass sog. „Pushbacks“, also Zurückweisungen ohne Überprüfung eines Asylanspruchs, gemeldet und untersucht werden. Das Verhandlungsmandat für den zentralen Rechtsakt des Asyl- und Migrationspakets, die Neugestaltung des Asyl- und Migrationsmanagements, wurde von den MdEP mit 413 Stimmen zu 142 bei 20 Enthaltungen angenommen. Die Verordnung, die als Nachfolgeregelung der sog. Dublin-III-Verordnung gedacht ist, soll ein gemeinsames Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei der Steuerung von Asyl und Migration festlegen. Der Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen über die Verordnung über Krisensituationen wurde mit 419 gegen 129 Stimmen bei 30 Enthaltungen bestätigt. Mit 391 gegen 140 Stimmen bei 25 Enthaltungen sprachen sich die MdEP schließlich für ein Verhandlungsmandat

für die vorgeschlagenen Änderungen an der aktuellen Richtlinie betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen aus. Bei den Gesetzgebungsdossiers, bei denen der Rat bereits seinen Standpunkt festgelegt hat, können die Trilogverhandlungen nunmehr unmittelbar starten.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230419IPR80906/asyl-und-migration-parlament-bestatigt-verhandlungsmandate>

Bildung und Kultur

EIB; Kulturerbestätten Europas

Am 13.04.2023 haben die Kulturorganisation Europa Nostra und das Institut der Europäischen Investitionsbank (EIB-Institut) die Liste der 7 am stärksten gefährdeten Denkmäler und Kulturerbe-Stätten in Europa für das Jahr 2023 bekanntgegeben. Der Verwaltungsrat von Europa Nostra wählte die Finalisten aus den 11 Denkmälern und Kulturerbe-Stätten aus acht europäischen Ländern aus, die zuvor vom Beratungsgremium des Programms „7 Most Endangered“ in die engere Wahl gezogen worden waren. Das zugrundeliegende Programm wird von der Kommission kofinanziert. Ausschlaggebend für die Auswahl waren die herausragende Bedeutung und der kulturelle Wert der einzelnen Stätten sowie die „ernsthafte Gefährdung“, der sie aktuell ausgesetzt sind. Die 7 am stärksten gefährdeten Stätten sind im Einzelnen: das Schwesternhaus-Ensemble, ehemalige Herrnhuter Siedlung in Kleinwelka (Deutschland), der Bahnhof von Kortrijk in Belgien, der Partisanenfriedhof in Mostar, Bosnien und Herzegowina, die Festung Tchakvinji, Sugdidi in Georgien, der Memento Park in Budapest (HUN), die Kulturlandschaft von Sveti Stefan in Paštrovići, (Montenegro) und die Wassermühlen von Bistrica, Petrovac na Mlavi (Serbien). Die 7 ausgewählten Gebiete erfahren durch diesen Schritt nicht nur Beachtung, sondern kommen auch für einen EIB-Zuschuss in Höhe von 10 000 EUR pro Standort in Betracht, um die Umsetzung einer vereinbarten Maßnahme zu unterstützen, die zur Rettung beitragen soll.

<https://www.europanostra.org/wp-content/uploads/2023/04/20230413-PR-7ME-List-SistersHouse-German.docx>

Kommission; Vorschläge für digitale Bildung und Kompetenzen

Am 18.04.2023 hat die Kommission zwei Vorschläge für eine Empfehlung des Rates zum Europäischen Jahr der Kompetenzen vorgelegt. Konkret sollen die Mitgliedstaaten (MS) in der Aus- und Weiterbildung unterstützt werden, damit allen Menschen in Europa eine hochwertige und inklusive digitale Bildung offensteht. Einer der Vorschläge bezieht sich auf das fehlende Querschnittskonzept für die digitale Aus- und Weiterbildung. Es benötige einen inklusiven Ansatz, um die digitale Kluft zu überwinden, die sich seit Corona nun noch verstärkt habe. Der zweite Vorschlag betrifft die Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung. Die MS werden dazu angehalten, frühzeitig mit der kohärenten Vermittlung digitaler Kompetenzen auf allen Bildungsebenen zu beginnen. Um die Anerkennung bescheinigter Kompetenzen zu erleichtern, plane die Kommission gemeinsam mit mehreren MS ein Pilotprojekt zum europäischen Zertifikat der digitalen Kompetenzen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_2246

EP; Berichtsentwurf zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz

Die Berichterstatterin im federführenden Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT), MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU), hat ihren Berichtsentwurf zum Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EMFA) vorgelegt. Der CULT- Ausschuss wird sich mit dem Bericht am 26.04.2023 befassen. Die Berichterstatterin begrüßt den EMFA im Grundsatz. Sie weist darauf hin, dass Medienrecht bisher v.a. auf nationaler Ebene gestaltet worden ist, die Rolle der EU in der Medienpolitik in den vergangenen Jahren aber zugenommen hat. Sie schlägt eine Reihe von Änderungen am Vorschlag der Kommission vor. Dazu zählen die Einbindung von Online-Plattformen in den Anwendungsbereich, Anpassung der Vorgaben für öffentlich-rechtliche Medien, die Verbesserung der Rechte der Verlagsleitung (Tendenzschutz), die Stärkung von Medienanbietern gegenüber Plattformen bei der Löschung von Medieninhalten sowie die Erhöhung der Unabhängigkeit des neu zu schaffenden europäischen „Board“ für Medienregulierung. Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen endet am 05.05.2023.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CULT-PR-746655_EN.html

Wettbewerb für Nachwuchsjournalisten

Die Kommission hat am 10.04.2023 die Bewerbungsfrist für die 7. Ausgabe von Youth4Regions, dem Programm für angehende Journalisten, eröffnet: 37 Studentinnen und Studenten, die Journalismus studieren, sowie junge Journalisten werden ausgewählt, um im Oktober 2023 für eine Woche nach Brüssel zu kommen. Sie werden an Schulungen teilnehmen, von erfahrenen Journalisten betreut werden, mit diesen im Presseraum zusammenzuarbeiten und die EU-Institutionen und Medienorganisationen kennenlernen. Die Bewerbungen werden in drei Kategorien (allgemeiner Journalismus, Fotojournalismus und Videojournalismus) aus den Mitgliedstaaten und Nachbar- und Beitrittsländern entgegengenommen. Die Gewinner nehmen auch am Wettbewerb um den Megalizzi - Niedzielski Preis für angehende Journalisten teil, der am 11.10.2023 verliehen wird. Das Bewerbungsformular und die Teilnahmebedingungen sind bis zum 10. Juli 2023 auf der Webseite des Programms (www.youth4regions.eu) verfügbar. Die Kommission übernimmt alle Kosten für die Programmteilnahme. Youth4Regions ist ein Programm der Kommission, das Journalistinnen und Journalisten in der Ausbildung und jungen Journalistinnen und Journalisten dabei hilft herauszufinden, was die EU in ihrer Region tut. Über 170 Personen aus ganz Europa haben das Programm seit seinem Start im Jahr 2017 absolviert.

https://ec.europa.eu/regional_policy/policy/communication/partnership-with-media/youth4regions_en

Veranstaltungen

Veranstaltung der Europäischen Polizeigewerkschaft

Am 11.04.2023 stellte der Europäische Rat der Polizeigewerkschaften CEPS (Conseil Européen des Syndicats de Police) seine Sicht auf die europäische Integration und die Aufgaben der Polizei in den Mitgliedstaaten und ihre Rolle in der Gesellschaft in einem Sammelband vor. Irena Ivandska aus dem Generalsekretariat der CEPS stellte das Werk vor, CEPS-Präsident Ricardo Valadas nannte die Schwerpunkte der Publikation und der Innenminister Mazedoniens Oliver Spasovski brachte den Blickwinkel eines Balkanlandes in die Debatte ein. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch einen Beitrag von MdEP Paulo Rangel (EVP/PTL).

Veranstaltung der Partnerregionen Hessen, Emilia-Romagna, Nouvelle-Aquitaine und Wielkopolska im Mehrregionenhaus Brüssel zur Zukunft der europäischen Regionalpolitik

Am 20.04.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung der vier Partnerregionen statt. Fast 300 Gäste nahmen an der Diskussionsveranstaltung mit einem Eingangsstatement von Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen teil. Die Vertreter der Partnerregionen folgten dem Aufruf von Kommissarin Ferreira und äußerten Anregungen und Ideen zur Weiterentwicklung der Regionalpolitik für die Zeit nach 2027. In ihrem Impuls beschrieb Ferreira den von ihr angestoßenen Prozess, um den Herausforderungen für den Zeitraum nach 2027 zu begegnen. Wichtige Ziele sind: Erstens, wirksamer zu sein und effektiver im Sinne einer langfristigen Entwicklung auf regionaler Ebene. Zweitens, die Politik müsse benutzerfreundlicher gestaltet werden. Lokale Gruppen sollten nicht daran gehindert werden, Zugang zur Kohäsionsförderung zu haben. Und drittens, Politik müsse besser sichtbar werden. So müsse besser kommuniziert werden über den Kreis der "üblichen Verdächtigen" hinaus. Ferreira betonte, dass bei allen Veränderungen, aus ihrer Sicht die nachfolgenden drei Prämissen gelten müssen: 1. Multilevel-Governance, wobei die Regionen das Sagen haben müssen, da diese der Schlüssel zum Erfolg der Politik seien. 2. Ortsbezogener Ansatz, nämlich die Anerkennung der Tatsache, dass die besonderen Entwicklungsbedürfnisse der Gebiete spezifische Antworten erfordern. 3. Partnerschaftsprinzip mit der Einbeziehung aller relevanten Akteure. Darüber hinaus betonte Ferreira, dass alle Regionen im Blick behalten werden bei der Bewältigung ihrer spezifischen Probleme. Von Seiten Hessens betonte Europastaatssekretär Uwe Becker die Notwendigkeit der weiteren Förderung aller Regionen durch die EU auch nach 2027. Er machte zudem deutlich, dass ein weiteres Absenken der Kofinanzierung durch die EU keine Option für Hessen ist, weil zu wenige Partner in den Regionen dieses verkraften könnten. Daneben warben Uwe Becker und die Vertreter der anderen Regionen, Marek Wozniak, Präsident der Wielkopolska, Paolo Calvano, Regionalrat für EU-Angelegenheiten, Haushalt, Personalwesen, Vermögenswerte und Institutionen der Emilia-Romagna sowie Isabelle Boudineau, Regionalrätin für Europa und europäische Zusammenarbeit der Nouvelle Aquitaine, für weitere Vereinfachungen und Entbürokratisierung bei der Verwaltung der europäischen Fonds. Besonderes hessisches Anliegen war darüber hinaus die einfachere Implementierung der Fonds durch einen langfristig geltenden Rechtsrahmen für die Fonds in geteilter Mittelverwaltung. Die Veranstaltung wurde von Françoise Chotard, Beraterin für europäische Angelegenheiten moderiert.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- 24.04. Rat für Auswärtige Angelegenheiten
- Gedankenaustausch über die Aggression Russlands gegen die Ukraine und über den EU-Aktionsplan zu den geopolitischen Folgen des russischen Angriffskriegs und der damit verbundenen Zusammenarbeit mit Drittländern.
- 25.04. Rat für Landwirtschaft und Fischerei
- Beratungen über Gesetzgebungsakte: Verordnung für die Zertifizierung von CO₂ -Entnahmen: Land- und forstwirtschaftliche Aspekte
Informationen der Kommission, Orientierungsaussprache
 - Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten:
GAP-Strategiepläne – Sachstand
 - Informationen der Kommission, Gedankenaustausch
 - Billigung der Schlussfolgerungen zu den Chancen der Bioökonomie angesichts der derzeitigen Herausforderungen mit besonderem Schwerpunkt auf dem ländlichen Raum
- 25.04. Informeller ECOFIN
- Strategie für Stabilität und nachhaltige öffentliche Finanzen
- 28./29.04. Informelle Ministertagung „Wirtschaft und Finanzen“
- Finanzierung des zukünftigen Wachstum Europas
 - Langfristige Perspektive der Stabilisierungsmaßnahmen und nachhaltigen öffentlichen Finanzen
 - Wiederaufbau der Ukraine und die Koordination der Unterstützung
- 03.05. Informelle Ministertagung „Beschäftigung und Soziales“
- Missverhältnis zwischen Qualifikationen und Arbeitsplätzen in Zeiten des Übergangs
 - Angemessener und nachhaltiger Sozialschutz angesichts des demografischen Übergangs
- 04.05. Rat Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung)

- Globale Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine

04./05.

Informelle Tagung der Gesundheitsminister

- Die Verknappung von Arzneimitteln und Krisenvorsorge
- Sicherstellung des Zugangs zu Arzneimittelprodukten auch außerhalb von Krisenzeiten

Europäische Kommission

26.04.

Patent-Paket
 Zwangslizenzen für Patente
 Standardessentielle Patente
 Überarbeitung der Rechtsvorschriften über ergänzende Schutzzertifikate
 Zollreformen
 Novellierung des Rechtsrahmens zur Korruptionsbekämpfung
 Empfehlung zur „Piraterie von Live-Inhalten“
 Arzneimittel-Paket
 Überarbeitung des Arzneimittelrechts
 Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften über Arzneimittel für Kinder und seltene Krankheiten
 Empfehlung des Rates zur Intensivierung der EU-Maßnahmen zur verstärkten Bekämpfung der Antibiotikaresistenz

03.05.

Beratung über eine Empfehlung zur Piraterie von „Live-Content“
 Investitionspaket
 Verbesserung des Investitionsrahmens für den Einzelhandel
 Anlagestrategie für Kleinanleger
 Eine neue Agenda für Lateinamerika und die Karibik (tbc)

Europäisches Parlament

Es finden in den nächsten zwei Wochen keine EP-Plenarsitzungen statt, deshalb keine Themenvorausschau auf die nächste Sitzung.

Ausschuss der Regionen

24.04.2023

COTER-Fachkommissionssitzung
 Ein gerechter und nachhaltiger Wandel in den Automobilregionen

Drohnenstrategie 2.0
Dem Zusammenhalt nicht schaden: ein bereichsübergreifender Grundsatz zur Sicherung des Zusammenhalts als eines übergeordneten Ziels und Werts der EU
Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens: der Standpunkt der regionalen und lokalen Ebene

Europäischer Gerichtshof

- 24.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den Rechtssachen C-541/20 bis C-555/20 betreffend das Mobilitätspaket
- 27.04.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-681/21 BVAEB (Höhe der Ruhebezüge)
Altersdiskriminierung bei Ruhebezügen österreichischer Beamter
- 27.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-807/21 Deutsche Wohnen
Sanktionierung von Unternehmen bei Datenschutzverstößen
- 27.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-340/21 Natsionalna agentsia za prihodite
Immaterieller Schadensersatz bei Datenleck wegen Hackerangriff?
- 27.04.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-491/21 Direcția pentru Evidența Persoanelor și Administrarea Bazelor de Date
Inlandswohnsitzerfordernis für Ausstellung eines Personalausweises
- 02.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-115/22 NADA u.a.
Datenschutz bei Doping-Sanktionen
- 03.05.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-354/22 Weingut A
Verwendung der Bezeichnung "Weingut"
- 04.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-300/21 Österreichische Post (Immaterieller Schaden im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten)
Voraussetzungen für Schadensersatz bei unzulässiger Datenverarbeitung
- 04.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-487/21 Österreichische Datenschutzbehörde und CRIF

Umfang des Auskunftsrechts über personenbezogene Daten

- 04.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-40/21 Agenția Națională de Integritate
Interessenkonflikt– Verbot der Bekleidung öffentlicher Wahlämter
- 04.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C-389/21 P Europäische Zentralbank / Crédit lyonnais
Berechnung der Verschuldensquote
- 04.05.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-60/22 Bundesrepublik Deutschland
Datenschutz in Asylverfahren
- 04.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-148/22 Commune d’Ans
Muslimische Kopfbedeckung
- 04.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-206/22 Sparkasse Südpfalz
Quarantänepflicht während des Urlaubs
- 04.05.2023 Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-451/21 P Luxemburg / Kommission und C-454/21 P Engie Global LNG Holding u.a. / Kommission
Staatliche Beihilfen–Tax Rulings
- 04.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-560/20 Landeshauptmann von Wien (Familienzusammenführung mit einem minderjährigen Flüchtling)
Familiennachzug
- 04.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-819/21 Staatsanwaltschaft Aachen
Vollstreckung eines polnischen Strafurteils in Deutschland – Rechtsstaatlichkeit
- 04.05.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-319/22 Gesamtverband Autoteile-Handel
Zugang zu Kfz-Reparatur- und Wartungsinformationen

EuG

- 25.04.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-270/22 Dmitry Alexandrovich Pumpyanskiy / Rat und T-272/22 Galina Evgenyevna Pumpyanskaya / Rat

	Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
25.04.2023	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-291/22 Alexander Dmitrievich Pumpyanskiy / Rat Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
26.04.2023	Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-54/21 OHB System / Kommission Beschaffung von Galileo-Übergangssatelliten
02.05.2023	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-335/22 Khudaverdyan / Rat Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
03.05.2023	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-361/22 Elena Timchenko / Rat Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
03.05.2023	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-252/22 Gennady Timchenko / Rat Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
04.05.2023	Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-409/21 Deutschland / Kommission Förderung für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 05.05.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA